

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

24.9.1862 (No. 224)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 24. September.

N. 224.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

## Amtlicher Theil.

### Medaillenverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 9. September d. J. gnädigst bewogen gefunden:

dem Geschirrmesser Hofmann die große goldene und dem Hausmeister Legler die kleine goldene Zivil-Verdienstmedaille, und

unter demselben Tage dem Silberverwalter Wolf dahier die große goldene, dem Hofourier Hug dahier und dem Schloßverwalter Flegel in Mannheim die kleine goldene, und dem Hausmeister Legler in Raßatt, dem Bureauidiener Meyer dahier und dem Schloßdiener Karzer in Baden die silberne Zivil-Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 9. September d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Bürgermeister Honsell von Reichenau aus Anlaß seiner fünfzigjährigen Wirksamkeit in öffentlichen Diensten die große goldene Zivil-Verdienstmedaille zu verleihen.

### Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 3. September d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Ministerialrath G. von Dusch dahier die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu erteilen, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Kronen-Orden III. Klasse anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche höchste, unterthänigst nachgesuchte, Erlaubniß erhielt Hofrath und Professor Dr. Busch an der Universität Freiburg für das ihm von Seiner Heiligkeit dem Papp Pius IX. verliehene Kommandeurkreuz des Sancti-Gregorius-Ordens, und

Legationsrath Dr. Minet für den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Kronen-Orden III. Klasse.

### Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 27. August d. J. gnädigst bewogen gefunden, die erledigte Lehrstelle der speziellen Pathologie, Therapie und medizinischen Klinik an der Universität Freiburg dem ordentlichen Professor Dr. Adolf Rufmann in Erlangen zu übertragen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 19. Mai d. J. auf die höchstehrem Patronat unterliegende kathol. Pfarrei Eittingen den Professor und geistlichen Lehrer am Gymnasium in Karlsruhe, Karl Kirn von Ettenheim, gnädigst zu ernennen geruht, und wurde demselben am 26. August d. J. die kirchliche Einsegnung erteilt.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 19. Mai l. J. auf die höchstehrem Patronat unterliegende kathol. Pfarrei Weiler den Vikar Xaver Seyert in Mühl gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 24. Juli l. J. kirchlich eingesezt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 2. Juni l. J. aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof der großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber den Pfarrei Ignaz Gebr in Mühlhausen für die Pfarrei Zell a. H. gnädigst zu designiren geruht, und ist derselbe am 28. Juli l. J. kirchlich eingesezt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 2. Juni l. J. auf die höchstehrem Patronat unterliegende kath. Pfarrei Schonach, Landkapitels Triberg, den Pfarverweser Johann Köderer in Grunern gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe unter dem 31. Juli l. J. kirchlich eingesezt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 2. Juni d. J. aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof der großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber den Pfarrei Johann Baptist Müller in Elzach für die Pfarrei Krozingen gnädigst zu designiren geruht, und ist derselbe am 31. Juli l. J. kirchlich eingesezt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 2. Juni l. J. aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof der großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber den Pfarrei Franz Xaver Reichlin zu Bombach für die Pfarrei Mördingen gnädigst zu designiren geruht, und ist derselbe am 4. August d. J. kirchlich eingesezt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 2. Juni l. J. auf die höchstehrem Patronat unterliegende kathol. Pfarrei Söllingen, Landkapitels Otterweier, den

Pfarverweser Alois Hettich in Bimbach gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 5. Aug. d. J. kirchlich eingesezt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 17. Juni l. J. auf die höchstehrem Patronat unterliegende kathol. Pfarrei Eichel, Landkapitels Wiesenthal, den Pfarrei Sylvester Mayer von Todtnau, z. J. Pfarverweser in Loitstetten, gnädigst zu ernennen geruht, und hat derselbe am 19. Aug. l. J. die kirchliche Einsegnung in diese Pfründe erlangt.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 17. Juni l. J. auf die höchstehrem Patronat unterliegende kathol. Pfarrei Zimmern, Landkapitels Landa, den Pfarverweser Aloys Heller von Strümpfelbrunn gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 19. Aug. l. J. kirchlich eingesezt worden.

Se. Exc. der Hr. Erzbischof hat dem bisherigen Pfarverweser Eduard Wörter in Kappel die Pfarrei Bagshurst, Dekanats Otterweier, verliehen, und ist derselbe am 20. Mai d. J. kirchlich in dieselbe eingesezt worden.

Se. Exc. der Hr. Erzbischof hat die Pfarrei Neuweier, Dekanats Otterweier, dem bisherigen Pfarverweser Theobald Mayer in Unteralspfen verliehen, und ist derselbe am 3. Juli d. J. kirchlich eingesezt worden.

Dem von dem Hrn. Grafen Ludwig Wilhelm August von Langenshein auf die Pfarrei Wolfershausen, Dekanats Engen, präsentirten bisherigen Pfarverweser Franz Karl Heisler in Boll wurde am 19. August l. J. die kirchliche Einsegnung erteilt.

### Karlsruhe, 23. Sept.

Durch Allerhöchste Ordre wird dem Generalleutnant Kunz, Kommandant der Infanterie, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß erteilt, den ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen Stern zum inehabenden Rothen Adler-Orden II. Klasse mit Schwertern am Ringe anzunehmen und zu tragen zu dürfen.

Dem Major Heisler im dritten Infanterieregiment wird die Dienstauszeichnung II. Klasse für Offiziere und Kriegsbeamte verliehen.

Leutnant Seidel vom Jägerbataillon erhält die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großherzoglichen Armeekorps.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

△ Berlin, 23. Sept. Abgeordnetenhaus. Definitive Schlußabstimmung über den Militäretat für das Jahr 1862. Die Bewilligung der von der Regierung verlangten 37,779,000 Thaler im Ordinarium wurde in namentlicher Abstimmung mit 308 gegen 11 Stimmen abgelehnt. (Davon 9 Mitglieder der äußersten Rechten und Hr. v. Patow.) Im Uebrigen wurden alle eventuellen Beschlüsse definitiv wiederholt ohne Namensaufruf. Das Stimmenverhältniß war im Wesentlichen wie bei den eventuellen Abstimmungen.

△ Berlin, 23. Sept. Der „Darmstädter Zeitung“ wird aus Berlin von heute Morgen gemeldet: Hr. v. Bischoff ist seit gestern Ministerpräsident; die übrigen Minister bleiben vorberhand.

△ St. Petersburg, 23. Sept. Gestern hielt der Kaiser eine Rede an die Bauradepuration aus Nowgorod. Er widerlegte die Gerüchte von neu einzuräumenden Vortheilen, und forderte die Bauern auf, ihre Auseinandersetzungen mit den Grundbesitzern schleunigst zu beendigen.

Wien, 22. Sept. (W. L. B.) Die „Presse“ meldet aus Karlsbad, 22. Sept.: Die Naturforscher-Versammlung beschloß, die Versammlung im Jahr 1863 in Stettin abzuhalten.

Nagusa, 22. Sept. (W. L. B.) Gestern haben in Cetinje Friedensfeierlichkeiten stattgefunden. Die Bedingungen der Militärfrage ist ratifizirt. Die Landesverweisung Mirko's wurde Dmer Pascha anheimgestellt.

△ Belgrad, 22. Sept. Ali Bey geht morgen als Kommissär der Pforte mit einem serbischen Senator nach Ushiza, um die Schließung der Festung anzuordnen, und so den Streit zu beenden. Die Ankunft Bulwer's aus Konstantinopel wird auf nächsten Freitag erwartet.

### Deutschland.

Karlsruhe, 23. Sept. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 43 enthält (außer Personennachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Justizministeriums: Die Ernennung der Schwurgerichts-Präsidenten

betreffend. 2) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern: Die Wiederzulassung verbotener Zeitungen betreffend. Darnach sind von nun an im Großherzogthum wieder zugelassen: 1) das „Aarauer Tagblatt“, 2) das „Basel-landscapliche Volksblatt“, 3) „der Volksbote“, Redakteur E. Zander in München, 4) „die deutsche Volkshalle“, Redakteur Dr. Eiderling in Köln, 5) „die Wiener Kirchenzeitung“, Redakteur Dr. Brunner. 3) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums: a) Die Ertheilung eines Erfindungspatents an Mathäus Pfrenkle von Kappel betreffend. b) Die Ertheilung eines Erfindungspatents an E. Schwarzkopff in Berlin betreffend. 4) Bekanntmachungen des großh. Finanzministeriums: a) Die sechsundzwanzigste Gewinnziehung vom Anlehen der Amortisationskasse zu fünf Millionen Gulden vom Jahr 1840 betreffend. b) Die Staatsprüfung der Kameralandidaten betreffend. Dadurch wird eine solche den 13. Oktober d. J. beginnende angeordnet.

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 6. v. M. Hof- und Stadtdiakonus, Kirchenrath W. Cneselius dahier; am 11. v. M. der Priester Dr. M. Kiekerer, früher katholischer Pfarrer in Birndorf; am 22. v. M. der kath. Pfarrer A. Strobel von Zimmern; am 24. v. M. der pens. Oberrechnungs Rath A. Stroh dahier; am 31. v. M. der Oberrechnungs Rath Herzer dahier.

Karlsruhe, 23. Sept. Die neueste Nummer des Verordnungsblattes für die vereinigte evang.-prot. Kirche bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß die erwählten Dekane Stadtpfarrer Mann für Eppingen, Stadtpfarrer Blum für Lörrach, Stadtpfarrer Bard für Schopfheim, Pfarrer Kieger in Sindolsheim für Adelsheim, und Stadtpfarrer Bechtel für Durlach die kircheneverfassungsmäßige Bestätigung erhalten haben. Ferner wird bekannt gemacht, daß der Anfang der diesjährigen Spätjahrsprüfung der evang. Kandidaten der Theologie auf Montag den 10. November, Morgens 8 Uhr, festgesetzt ist.

Mannheim, 23. Sept. (Mannh. J.) Dem Vernehmen nach hat Hr. v. Benningen die auf ihn gefallene Wahl in die Erste Kammer abgelehnt.

Stuttgart, 22. Sept. (Südd. J.) Von den Anträgen, welche von den liberalen württembergischen Abgeordneten in Weimar gestellt werden sollen, heben wir diejenigen hervor, welche die Delegirtenversammlung und die Zollvereins-Frage betreffen. Hier die beiden Entwürfe:

1) Antrag in Betreff der Delegirtenversammlung. Der von einer Anzahl deutscher Regierungen gemachte Vorschlag der Berufung einer aus den einzelnen deutschen Ständekammern hervorgehenden Delegirtenversammlung läßt die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes unberücksichtigt, ist demselben sogar schädlich und daher zu verwerfen. Dagegen muß auf die Berufung eines aus freier Volkswahl hervorgehenden, den einzelnen Landesvertretungen übergeordneten deutschen Parlaments mit dem Rechte der Theilnahme an der allgemeinen deutschen Gesetzgebung, sowie der Vertretung der Volkswünsche und Volksworte mit aller Entschiedenheit gebrungen werden.

2) Antrag in Betreff der Zollvereins-Frage. Die durch die inneren Lebensinteressen Deutschlands gebotene Erhaltung des Zollvereins kann nicht durch ein bloßes Zollvereins-Parlament, sondern nur durch eine die Zollangelegenheiten in sich begreifende politische Reorganisation Deutschlands mittelst Herstellung einer kräftigen Zentralgewalt und einer freigewählten Nationalvertretung gesichert werden.

Hier ist ferner die Frage angeregt worden, ob es sich nicht als nothwendig herausstellen werde, für die periodisch wiederkehrenden Abgeordnetenversammlungen ein kurzes Statut zu entwerfen. Möglich, daß auch hiezu ein Entwurf von hieraus eingebracht wird.

München, 22. Sept. Nach der „Allg. Ztg.“ ist die Nachricht, daß die große deutsche Versammlung zu Frankfurt auf den 23. Okt. anberaumt sei, unrichtig; die Versammlung wird am 21. Okt. stattfinden.

Kassel, 18. Sept. (H. N.) Der nächste Landtag wird etwa aus 20 Landwirthen, 18 Stadtrath, 8 Kaufleuten und Fabrikanten zc. bestehen. Die wissenschaftlich Gebildeten sind mit wenigen Ausnahmen Rechtsgelehrte; darunter befinden sich ein sog. Märzminister, nämlich Hr. Geh. Rath v. Schenk zu Schweinsberg, ferner drei Mitglieder des mißglückten Justizministeriums, nämlich die Regierungsräthe Wiegand und v. Bischoffshausen, sowie der Oberfinanzrath a. D. Zuschlag; ferner sechs Anwälte, die H. H. Harnier, Henkel, Hupfeld, Nebelthau und die beiden Decker; ferner zwei Oberbürgermeister Hartwig zu Kassel und Rudolph zu Marburg, drei sonstige Gemeindebeamten, zwei Redakteure, Trabert und Wippermann, ein Justizbeamter und ein Apotheker. Man sieht, daß es der künftigen Versammlung nicht an Kräften fehlen wird, wie so oft befürchtet oder vielmehr im Interesse einiger Wahl- agitation grundlos behauptet worden ist. Möge es nur nicht an Vorlesern fehlen, damit die reichen Kräfte sich gehörig betätigen können! Bis jetzt erfährt man über die beschaltigen Beschlüsse der Regierung aber noch Nichts.

Kassel, 19. Sept. In den Landwahlbezirken Eschwege, Schmalkalden, Wigenhausen, Frillar und Homberg wurden gewählt: im erstern Bezirk Bürgermeister Baupel zu Langenhain; im Bezirk Wigenhausen Siedemeister Wachs zu Soden; im Bezirk Frillar Deconom Hellwig zu Hab-

mar; endlich im Bezirk Homberg Bürgermeister Schreiber zu Asterode. Alle diese Bier waren Mitglieder der letzten Zweiten Kammer.

**× Vom Niederrhein, 22. Sept.** Es ist in der That schwer, den Eindruck zu beschreiben, den die letzten Vorgänge in unserm Abgeordnetenhaus bei der Bevölkerung unserer Provinz und ohne Zweifel im ganzen Lande hervorgerufen haben. Wenn es möglich war, die allgemeine Stimmung noch zu erhöhen, die bisher schon in allen Klassen des Volks sich kundgab, so ist dies jetzt in vollem Maße geschehen; das Thema der gegenwärtigen Lage wird aller Orten ohne Rücksicht und Scheu in einer Weise besprochen, die man gehört haben muß, um sie zu würdigen. Die Volksmeinung spricht sich allenhalben ungefähr dahin aus: „daß der Steuerdruck, unter dem das Land seit 1849 leidet, endlich aufhören, nicht aber noch durch die Millionen, welche die Armeeorganisation koste, vermehrt werden dürfe; daß durch die zweifelhafte Dienstzeit und durch die Reduktion der ganz nutzlos in den offenen Städten und auf dem Lande kantonierenden Bataillone dem Mangel an Arbeitskräften abgeholfen werden müsse, welcher immer fühlbarer werde; daß mit einem Wort dem Soldatenpöbel und dem Parawesen nicht die Kraft und das Mark des Landes geopfert werden dürfe.“

So die Volksstimme. Alle Welt ist höchst gespannt auf die Entwicklung dieser merkwürdigen aller parlamentarischen Kriegen, welche Preußen erlebt. Wie heute die Sachen stehen, ist in der That ohne Beispiel. Die Regierung spekulirt auf keinen Konflikt; die Verfassung soll unter allen Umständen unerschrocken erhalten werden; an einen Staatsstreich wird nicht gedacht, auch keine Auflösung beliebt; die Minister aber erklären, mit dem jetzt durchberathenen Budget für 1862 nicht regieren zu können. Wo gibt es einen Ausweg aus diesem Labyrinth?

Eins steht inmitten dieses Chaos an Verwickelungen fest: das Abgeordnetenhaus wird den eingenommenen Standpunkt mit Konsequenz und aller der Festigkeit behaupten, die ihr bis jetzt die Sympathien seiner Mandatgeber in hohem Grade erworben. Alle Mittelungen aus Berlin lassen darüber nicht den mindesten Zweifel aufkommen.

**Koburg, 21. Sept., Morgens 10 Uhr. (Fr. 3.)** So eben ist vom Deutschen Sängertag beschlossen: 1) Der allgemeine Deutsche Sängerbund ist gegründet. 2) Es sollen Sitzungen für ihn festgesetzt werden. 3) Die vom Vorstand des Schwäbischen Sängerbundes dafür vorgelegten Satzungen sollen im Ganzen angenommen und nur in einzelnen Prinzipienfragen noch erörtert werden. In diesem Augenblick beginnen jene Erörterungen, die aber wahrscheinlich noch zu sehr lebhaften Debatten führen werden. Indessen ist die erste Hauptsache festgestellt. Die Beschlüsse wurden gefaßt durch die Deputirten von 42 Sängerbänden, die ungefähr 1200 Vereine und ungefähr 45,000 Sänger vertreten. Der Vorabend war lebhaft, von deutschem Geist befeuert, und mit einem gewählten und vortrefflich ausgeführten Musik- und Gesangsprogramm gefeiert. Der Koburger Sängerkreis und unsere Stadt selbst haben wieder alle Ehre eingelegt.

**Koburg, 21. Sept., Nachmittags. (Fr. 3.)** Während die vom Vorstand des Schwäbischen Sängerbundes vorgelegten Statuten zum Deutschen Sängerbund im Ganzen angenommen worden und nur in einigen prinzipiellen Fragen noch erörtert werden sollten, konnte man sich nicht darüber verständigen, was eigentlich zu diesen prinzipiellen Fragen gehöre. Endlich entschied man sich dahin, den darauf bezüglichen (dritten) Beschluß wieder aufzuheben und jeden einzelnen Paragraphen der vorgelegten Statuten zur Besprechung und Abstimmung zu bringen, und trotz sehr vieler divergirender Anträge, Amendements und lebhaften Debatten wurden sämtliche Paragraphen der Statuten mit nur unwesentlichen Änderungen angenommen. Während der Verhandlungen langte ein freundlich begründendes Telegramm aus Reinhardtbrunn von dem Herzog an, das sogleich mit großem Dank erwidert wurde. Auch langten Telegramme an aus Wien, Langensalza, Darmstadt, Breslau, Dieburg u. In diesem Augenblick geht es in langem frohlichem Zuge hinauf zur alten Feste Koburg. Ein sehr heiteres Brudermahl hat alle Parteien zu einem schönen Ganzen vereint.

**Hannover, 20. Sept.** Die Angabe über v. Hedemann's Ueberführung in das Krankenhaus beruhte, der „H. f. Nord.“ zufolge, auf einem Irrthum. Die Untersuchung dauert fort. Hedemann soll, wie der „Cour.“ mittheilt, einen großartigen Mißbrauch mit der Unterschrift des Königs getrieben haben, indem er in aller Stille Schuldscheine mit der königlichen Unterschrift, auf Summen bis zu 10,000 Thalern lautend, bei hiesigen Bankiers versetzte, die solche dann wieder als Verpfändungsgegenstände verbrauchten. Solche Schuldscheine sollen schon seit vielen Jahren kursiren. Der „H. f. Post.“ wird berichtet: Täglich noch wachsen die Beweise der entschlichsten Untreue gegen das königliche Haus, das seinen pecuniären Schaden nach Hunderttausenden zu bemessen haben wird. Danach und nach dem schmächtlichen Fluchtversuch ist die Ungnade an höchster Stelle so stark, daß die jetzige Haft des Untersuchungsgefangenen im Militärwachtlokal die strengste, und die Absicht vorwaltend sein soll, der Justiz der bürgerlichen Gerichte, nach erfolgter Kassirung des Generals aus dem Offiziersstande, vollen Lauf zu lassen.

**Berlin, 21. Sept.** Gestern Abend ist nun auch der Bericht der Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats über den Etat der Militärverwaltung für 1863 erschienen. Nach den Anträgen der Kommission stellt sich das Endresultat für den Militäretat für 1863 wie folgt: Der von der Staatsregierung vorgelegte Etat verlangt im Ordinarium 36,644,960 Thlr. Hierunter sind jedoch als der größten Kriegsbereitschaft zur Last fallend ermittelt und von der Kommission zur Absehung empfohlen (rund) 5,928,302 Thlr., und werden daher nach den Anträgen der Kommission an fortlaufenden Ausgaben zu bewilligen sein: 30,716,658 Thlr. Zu außerordentlichen Ausgaben sind nach dem von der Staatsregierung vorgelegten Etat angelegt: 1,844,662 Thlr., hiervon

sind als zur Kriegsbereitschaft gehörig ermittelt und zur Absehung empfohlen 138,714 Thlr., so daß an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben zu bewilligen sein werden: 1,705,948 Thlr.

Das kronprinzliche Paar wird etwa nach vierzehn Tagen seine Reise nach Baden, Hohenzollern, der Schweiz und Italien antreten und sich dort einschiffen. Erst um die Weihnachtszeit gedenken die Herrschaften nach Berlin zurückzukehren. — Das Gesetz, betreffend die Anfertigung und Verwendung von Stempelmarken, hat unterm 2. d. die königl. Bestätigung erhalten und ist in der Gesetzesammlung publizirt worden. — Die Justizkommission des Herrenhauses hat den von den Abgeordneten beschlossenen Gesetzentwurf, den Zeugnißzwang gegen Zeitungsredactoren betreffend, abzulehnen beantragt. — Es wird versichert, daß die Petersburger Regierung unserm Ministerium Eröffnungen gemacht hat, welche sich auf den Abschluß eines Handelsvertrages beziehen. Ein solcher wäre für die industrielle Thätigkeit unserer östlichen Provinzen von der höchsten Bedeutung, und um so mehr ist es zu bedauern, daß die diesseitige Regierung in Hinblick auf die noch ungelöste Frage des Handelsvertrages mit Frankreich augenblicklich die Verhandlungen über diesen Gegenstand von der Hand weisen muß. — In einer großen Versammlung, welche die hiesige Kreuzzeitungspartei gestern Abend im Englischen Hause hielt, wurde eine Petition an das Herrenhaus um Verwerfung des aus den Verathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangenen Militärbudgets beschlossen.

**Berlin, 22. Sept.** Gutem Vernehmen nach ist das vom Finanzminister v. d. Heydt beim König eingereichte Entlassungsgesuch auch bis heute nicht angenommen worden. Mehrere wird versichert, Se. Majestät habe dem Minister das Gesuch mit Ausdrücken der Anerkennung zurücksenden lassen. Auch heißt es neuerdings, Hr. v. d. Heydt habe überhaupt nur eventuell um seine Entlassung gebeten. Allen bisherigen Anzeigen zufolge können wir heute noch unsere gestrige Mittheilung wiederholen, daß für jetzt keine überwiegenden Wahrscheinlichkeitsgründe den Rücktritt des Hrn. v. d. Heydt in nahe Aussicht stellen. Dagegen befestigt sich hier die Meinung, daß der Geh. Rath v. Bismarck-Schönhausen binnen kurzem in das Ministerium eintreten werde, und zwar als Präsident desselben. Ob der Wunsch des Finanzministers, aus seiner Stellung auszuscheiden, etwa mit dieser Eventualität in Zusammenhang stehe, haben wir noch nicht zu ergründen vermocht. Jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel, daß in höchsten Regierungskreisen schon seit längerer Zeit mehr und mehr das Bedürfnis erkannt worden ist, dem Kabinett durch Ernennung eines leitenden Ministerpräsidenten eine größere innere Festigkeit und einen stärkeren Impuls zum kräftigen Auftreten zu geben. — Se. Maj. der König empfing heute Vormittag auf Schloß Babelsberg Hrn. Geh. Rath v. Bismarck-Schönhausen. Wie verlautet, hat der Minister des Auswärtigen, Graf v. Bernstorff um seine Entlassung gebeten. Man vermutet, daß derselbe auf seinen früheren Posten nach London zurückkehren dürfte. Wohl nicht mit Unrecht wird das Abschiedsgesuch des Grafen Bernstorff als ein neuer bedeutender Stützpunkt für die Meinung betrachtet, daß Hr. v. Bismarck in das Ministerium eintreten und an der Spitze desselben zugleich die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen werde. Graf Bernstorff hatte gestern Vormittag wieder eine längere Konferenz mit Hrn. v. Bismarck. Der Handelsminister v. Holzbrind ist so leidend, daß in wohlorientirten Kreisen die Vermuthung laut wird, derselbe werde zur Herstellung seiner sehr angegriffenen Gesundheit genöthigt sein, sich einstweilen von allen Geschäften zurückzuziehen. — Gestern Nachmittag um 2 1/2 Uhr trat das Staatsministerium unter dem Vorsitze des Finanzministers v. d. Heydt zu einer Berathung zusammen. Heute Morgen war der Kriegsminister v. Roon wieder zum Vortrag bei Sr. Maj. dem König auf Schloß Babelsberg. — Gestern Abend reiste der königl. Flügeladjutant, Oberleutnant v. Hohenlohe nach Sagan ab, um Se. Maj. den König bei dem morgen stattfindenden feierlichen Leichenbegängniß der verstorbenen Frau Herzogin von Sagan zu vertreten. — Der königl. Generaladjutant und Inspektor der Gardebatterie, Generalleutnant v. Schlemmüller, hat seines leidenden Gesundheitszustandes wegen den erbetenen Abschied erhalten. Unter Belassung in seiner Stellung als Generaladjutant ist derselbe zur Disposition gestellt, und der bisherige Kommandeur der 3. Kavalleriebrigade, Generalmajor v. d. Solz, zum Inspektor der Gardebatterie ernannt worden.

**KC. Berlin, 22. Sept.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte der Präsident an, daß der Finanzminister für den erkrankten Handelsminister die Vertretung übernommen habe. Auf der Tagesordnung steht zuerst die definitive Schlussabstimmung über den Militäretat für 1862. Auf die Mittheilung des Präsidenten kann dieselbe jedoch nicht stattfinden, weil die kalkulatorische Zusammenstellung über die einzelnen Beschlüsse des Hauses so spät erfolgt, daß sie erst im Laufe des heutigen Tages im Druck erscheinen könne. Er müsse daher das Haus bitten, die Schlussabstimmung bis morgen auszuschieben. Das Haus tritt dem Antrage schweigend bei. (Die Vertreter des Kriegsministeriums verlassen darauf das Haus.) Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetkommission, betreffend die Etats der Post-, Gesetz-, Sammlungs- und Zeitungsverwaltung, der Telegraphen-, der Porzellanverwaltung u. Das Haus genehmigt sämtliche Positionen ohne Debatte, ebenso den Bericht derselben Kommission über den Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe- und Bauwesen. Den dritten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht über die Etats der Hohenzollern'schen Lande. (Während der Berathung über diesen Etat, gegen 10 1/2 Uhr, tritt der Minister v. Jagow ein und bald darauf der Minister v. Mähler.) Die Anträge der Kommission werden in Betreff der Einnahmen für 1862 genehmigt, ebenso diejenigen bei den

„fortdauernden Ausgaben“. Ein aus Anlaß einer betreffenden Petition gestellter Antrag wird angenommen, dahin gehend: Das Haus wolle beschließen, gegen die Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß die Abänderung der Organisation der untern Verwaltungsstellen der Hohenzollern'schen Lande silit., im Fall erkannter Nothwendigkeit einer anderweitigen Organisation aber nur im Wege der Gesetzgebung vorgegangen werde.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung: Petitionen. Die ersten gehen aus von den Grafen Pominski, v. Niegolewski u. s. w., betr. die angebliche Beeinträchtigung des Gebrauchs der polnischen Sprache durch die Behörden der Provinz Posen. Die Kommission beantragt, daß die in der Petition des Grafen Pominski hervorgehobenen Thatsachen die k. Regierung veranlassen sollen, den Verwaltungsbehörden im Großherzogthum Posen die päpstliche Beobachtung der bestehenden Vorschriften über den Gebrauch der deutschen und der polnischen Sprache einzuschärfen, im Uebrigen aber sie zur Tagesordnung zu gehen. Dasselbe empfiehlt sie über die Petitionen Niegolewski's u. Abg. v. Vinke beantragt, über sämtliche Petitionen einfach zur Tagesordnung überzugehen. Abg. v. Bentkowsk. (Beim Beginn der Rede dieses Abgeordneten leeren sich die Bänke des Hauses.) Er wiederholt im Allgemeinen die bei früheren ähnlichen Debatten hervorgehobenen Ansichten. Zum Schluß empfiehlt er, die Vertreter des preussischen Volkes möchten nicht engbrüstig sein, als vor 50 Jahren die Fürsten auf dem Wiener Kongreß gewesen seien. Abg. v. Prusinowski befürwortet ebenfalls die Petitionen. Abg. v. Bonin (Genthin) gegen die Petition. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich noch die Abgg. Respondek, Schulze (Delitzsch), Kantak u. A., sowie der Regierungskommissar betheiligen, tritt das Haus den Anträgen der Kommission überall bei.

Schluß der Sitzung. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Definitive Schlussabstimmung über den Militäretat für 1862; am Mittwoch findet keine Plenarsitzung statt; der Militäretat für 1863 wird am Donnerstag und Freitag zur Verathung kommen.

**Wien, 22. Sept.** Also statt eines Abgeordnetenkongresses werden wir deren wahrscheinlich zwei oder gar drei haben! Man hat gegen die Regierungen bisher den Vorwurf erhoben, daß sie das Werk der deutschen Einigung unendlich gemacht: diejenigen Männer, welche sich geweigert haben, mit ihren bisherigen Gegnern in Weimar die z. Z. einzigen Fragen praktischer deutscher Politik zu diskutieren, um in Frankfurt unter sich zu sein und die alte Phrasenpolitik mit einigen neuen Schlagwörtern zu bereichern, werden den nicht beneidenswerthen Ruhm in Anspruch nehmen können, der Theorie von den „mehreren Schwerpunkten“ Deutschlands ihre Sanction entgegengerufen zu haben.

Wir wollen nicht unterfragen, ob nicht der andern Seite in sofern wenigstens ein Theil der Schuld zuzurechnen ist, als sie gewissen, nicht geradezu unbillig zu nennenden Wünschen und Voraussetzungen gerecht zu werden versäumt; aber der weitaus größere Theil der Schuld lastet nach unserer Ansicht auf der Seite, wo man sich von kleinlicher persönlicher Empfindlichkeit hinreißen ließ, den Erfolg der Sache, der man mit Aufrichtigkeit und Ernst sich zugehen nennt, zu kompromittiren, und Das ist geschehen, wenn man Hand an's Werk legt, statt den Versuch zu machen, die Parteien zu versöhnen und zu verschmelzen, durch die geschlossene Organisation einer zweiten Partei die Gegenläge noch schroffer zu machen und zum Bewußtsein auch der Massen im Volke zu bringen.

Der Versammlung in Weimar lag wesentlich der Gedanke zum Grunde, daß das Gewicht eines wesentlichen Ausspruchs unabhängiger und intelligenter politischer Männer, und zwar solcher Männer, welche durch die Wahl des Volkes berufen sind, jeder in seiner eignen Heimath bei der Entscheidung staatlicher Fragen mitzuwirken — daß das Gewicht eines solchen Ausspruchs über Das, was dem Gesamtwaterland fromme und gebühre, groß genug sein werde, um seine Wirkung auch bei den widerstrebenden Regierungen nicht zu verfehlen. Dieser Gedanke wird durch die Versammlung in Frankfurt jedenfalls nicht gefördert werden, und es wird am wenigsten die deutsche Einheit sein, welche dabei gewonnen kann.

**Wien, 20. Sept.** Die Staatsschulden-Rommission hat jetzt ihren Bericht über den Stand der Staatsschuld am Schluß des Jahres 1861 erstattet. Die allgemeine Staatsschuld in ein hproz. Kapital umgerechnet, belief sich damals auf 2,364,316,761 fl. Dazu kam noch die lombardisch-venetianische Schuld mit 66,419,385 fl., und endlich die Grundentlastungs-Schuld mit einem Kapitalbetrag von 522,586,239 fl. Alles in Allem erreicht die Staatsschuld beinahe die Summe von 3 Milliarden. — Schon seit längerer Zeit und von verschiedenen Seiten ist eine im Jahr 1865 in Wien abzuhaltende Welt-Industrieausstellung angeregt. Die Angelegenheit ist jetzt so weit gediehen, daß der Handelsminister die sämtlichen Handelskammern der Monarchie zur Abgabe gutachtlicher Meinungen darüber aufgefordert hat. — Gestern Abend ist der Gesandte am sächsischen Hofe, Baron Werner, hier eingetroffen. In den nächsten Tagen wird der Posthalter am französischen Hof, Fürst Metternich, der bereits auf seinen Gütern in Böhmen verweilt, erwartet, und gegen Ende des Monats dürfte der Bundespräsidialgesandte Baron Kube hier erscheinen.

**Italien.**

**\* Genua, 19. Sept.** Der „Movimento“ veröffentlicht im Auftrag Garibaldi's nachstehende Erklärung:

In ihrer Nummer vom 14. September behauptet die „Allianza“, daß England, um die französisch-italienische Allianz zu brechen, aber wenigstens zu schwächen, durch Wort und That das Unternehmen des Generals Garibaldi unterstützt habe. Diese Behauptung läuft geradezu der Wahrheit zuwider.

**Genua, 20. Sept. (A. 3.)** Die Offizielle Zeitung ver-

öffentliche folgendes ärztliche Bulletin aus Barignano vom gestrigen Mittag:

Die lokalen und allgemeinen Zustände sind befriedigend. Prof. Zanelli ist mit Partridge und den behandelnden Ärzten vollkommen einverstanden. Man hat eine Vorrichtung angeordnet, um den Fuß in gleicher Lage zu erhalten.

Die „Unita Italiana“ veröffentlicht einen Brief Mazzini's mit einer Liste von Subskribenten zur Unterstützung der Gefangenen von Aspromonte; Mazzini übersandte dem General Garibaldi zu diesem Zweck 985 Fr., wozu Mazzini selbst 300 Lire beitrug. Er schrieb hierzu folgende Worte: „Ich bitte Sie, diese erste Liste der Gaben zur Unterstützung der müthigen Verteidiger des italienischen Rechts, die jetzt gefangen sind, zu veröffentlichen. Das Geld habe ich General Garibaldi übersandt.“

Frankreich.

\* Paris, 22. Sept. Man berichtet, daß der Kaiser und die Kaiserin am 4. Okt. von Biarritz nach St. Cloud zurückkehren und sich von da im Monat November nach Compiegne begeben werden. — Die „France“ schreibt:

Die Zirkularnote Durando's hat einen peinlichen Eindruck in der ganzen europäischen Diplomatie hervorgerufen. Keine Macht hat diese Note beantwortet, die nur in England Sympathie gefunden hat. Wir glauben zu wissen, daß dieselbe keine Veränderung in dem Verhalten Frankreichs in der römischen Frage hervorbringen und daß man sich auf eine einfache Empfangsangelegenheit beschränken wird.

Dasselbe Blatt theilt ferner aus einem „von einem angesehenen Italiener“ ihr zugegangenen Schreiben Näheres über die Projekte des italienischen Kabinetts, um Frankreich zur Räumung Roms zu bestimmen, mit. Darnach soll Frankreich durch das Kabinet Rattazzi moralisch dazu gezwungen werden. Das Rundschreiben Durando's wäre nur die Einleitung zu einer ganzen, darauf hinzielenden Reihe von Aktenstücken. Das Ministerium habe sich zum Testamentsvollstrecker des Besiegten von Aspromonte gemacht. Es scheine sich auf die verschiedenen Abfirmungen des Turiner Parlamentes stützen und die Politik Ricajoli's fortsetzen zu wollen. Man wolle Frankreich veranlassen, Rom zu verlassen, nachdem man dem Papst sein gegenwärtiges Gebiet gegen einen Angriff der italienischen Regierung garantiert habe. Diese Garantie könne entweder in Form eines Vertrages zwischen Paris und Turin oder durch eine offene Erklärung Frankreichs beim Abzug gegeben werden. Auf einen Vertrag werde sich die italienische Regierung nicht einlassen; deshalb werde man von Turin aus Alles anbieten, um Frankreich zu einer einfachen Garantieverklärung zu bringen. Man werde allerdings diese Erklärung von italienischer Seite respektieren und nicht einen einzigen piemontesischen Soldaten über die Grenze schicken. Wohl aber werde das Kabinet Rattazzi eine innere Revolution, zu der man schon Vorbereitungen getroffen, in Rom zum Ausbruch bringen und dann im Interesse der italienischen und europäischen Ordnung militärisch intervenieren, um der Anarchie ein Ende zu machen. Gegenwärtig sei man entschlossen, eine Depesche an den Thronen zu richten, um ihm zu erklären, daß das Ministerium sich unmöglich halten könne und durch ein antifranciaisches Ergeß werden solle. Das letztere Argument sehe man in Turin als unwiderstehlich an. Alles Das — meint der italienische Korrespondent der „France“ — sei vielleicht die Diplomatie des 16. Jahrhunderts nicht aber die eines freien Volkes.

Prinz Napoleon und Gemahlin reisen, nach dem „Vays“ diesen Abend nach Marseille ab. Der Prinz begleitet die Prinzessin Clotilde nach Turin und begibt sich von da unmittelbar nach Korsika. — Die „France“ zeigt an, daß Hr. Baccà, Vizepräsident des italienischen Senats und Generalprokurator am Kassationshof von Neapel, ihr eine Antwort auf die Lagueronniere'schen Briefe über das Aufgeben von Rom habe zugehen lassen. Sie will dieselbe „sehr bald“ veröffentlichen. — Der „Presse“ zufolge ist Hr. Benedetti von Korsika in Paris angekommen. Man versichere, die Zeit seiner Rückkehr nach Turin sei noch nicht bestimmt. — Das französische Schiff „Manche“, welches von Neu-Dreux kam, ist von dem Uniongeschwader gefapert worden, weil es keine Schiffsfahrtsurkunde des Generals Butler vorzeigen konnte. Der französische Gesandte, welcher diesen Akt allen Prinzipien zuwider fand, hat bei der Washingtoner Regierung energig die Freilassung des französischen Schiffes verlangt. — 3proz. 69.30. Ital. Anl. 71.60. Dst 550.

Belgien.

Brüssel, 21. Sept. Diese Blätter bezeichnen es heute als positive Thatsache, daß zu dem bevorstehenden September die Königin nach Brüssel kommen wird. Sr. Majestät wird nächsten Mittwoch hier eintreffen. Die Bürgergarde ist bereits zu einer großen Revue aufgeboten, welche der Königin auf seiner Fahrt nach dem Palaß ihr abnehmen wird.

Portugal.

\* Lissabon, 16. Sept. Der „Diario“ schreibt: Heute Morgen 4 Uhr empörte sich ein Theil der Garnison von Braga. Die Offiziere haben an der Empörung nicht Theil genommen. In Oporto, wo die öffentliche Meinung ein so verbreiterisches Ereigniß allgemein verdammt, werden Streikkräfte zusammengezogen. Bereits ist das 5. Infanterieregiment und ein Theil des 3. nach dieser Stadt abgegangen. Die Bewegung hat sich nach keinem andern Punkte hin erstreckt, und die Regierung wird sich auf der Höhe ihrer Stellung zu erhalten wissen und alle Vorkehrungen zur Wiederherstellung der durch eine Handvoll Aufwürger gestörten Ordnung ergreifen. Zur Erreichung dieses Zieles rechnen die öffentlichen Behörden auf die Einsicht und den Patriotismus des portugiesischen Volkes und der öffentlichen Macht. Die konstitutionelle Dynastie und die Freiheit dürfen nicht der Willkür einiger Berirren anheimgegeben werden. Morgen (den 17.) begeben sich das 16. und 17. Infanterieregiment auf einem Dampfschiff nach Oporto. So eben ist folgende königl. Proklamation erschienen:

Portugiesen! Einige durch trügerische Einflüsterungen — in

denen man sogar meinen Namen mißbraucht — verführte Leute haben zu Braga die verbrecherische Fahne der Empörung aufspalten gewagt, indem sie die Gesetze verletzen, den Thron beschimpfen, ihren Offizieren den Gehorsam versagen, und die leuchtende Ehre der braven portugiesischen Armee verdunkeln, die in Aufständischen keine Waffenbrüder mehr erblicken kann.

Portugiesen! Euer Glück ist der Gegenstand meiner heißesten Wünsche und die Aufrechterhaltung des Grundgesetzes wird von mir als die festeste Stütze meines Thrones angesehen. Meine Regierung wird die öffentliche Ordnung zu erhalten und dem Gesetze Achtung zu verschaffen wissen, wie es die Interessen des Vaterlandes, die öffentlichen Freiheiten und die legitimen Rechte der Krone erheischen. Die verführten Leute, welche, ihre augenblickliche Verirrung einsehend, sich innerhalb dreier Tage vor den Behörden stellen, werden meiner königl. Gnade theilhaftig sein. Alle Strenge des Gesetzes wird aber auf diejenigen niederfallen, die auf ihrem verbrecherischen Vorhaben beharren und sich des schwersten Attentats schuldig machen. Mögen alle guten Bürger sich zusammenscharen und meiner Fürsorge vertrauen, sowie ich selber auf ihre Ergebenheit und ihren Patriotismus vertraue. Gegeben im Palaß von Ajuda, den 15. Sept. 1862. — Der König.

Bermischte Nachrichten.

Bruchsal, 22. Sept. (Schwurgericht.) Unter dem Vorherrsche des großh. Hofgerichts-Direktors Schum wurde heute Vormittag 8 Uhr die Herbstsitzung des mittelrheinischen Schwurgerichts eröffnet. Von den eingeladenen Geschwornen fehlten drei, welche wegen Krankheit für entschuldigend erklärt wurden, und ein Bierer war zwar erschienen, wurde aber wegen nachträglich nachgewiesener Unentbehrlichkeit im öffentlichen Dienste wieder entlassen.

Zur Verhandlung kam die Anklage gegen den 27 Jahre alten Tagelöhner Xaver Müller von Ottenhöfen, wegen gefährlichen Diebstahls, wobei Hr. Hofgerichts-Rath Ottenbörs als öffentlicher Ankläger und Hr. Obergerichtsadvokat Strauß als Verteidiger fungierte. Der Angeklagte, welcher durch sein Äußeres einen ganz günstigen Eindruck machte, ist seines Vergehens vollkommen geständig. Am 4. Juli l. Z. trieb er sich des Nachmittags beschuldigungslos in Dorf Rehl herum und kam auf den Gedanken, in das Haus des Andreas Hof II. einzubrechen, weil alle Bewohner desselben auf dem Felde waren. Sofort schlug er ein Fenster bei der Küchenthüre ein, verpöbelte sich dabei an der Hand, konnte aber dort seinen Zweck nicht erreichen, und zerbrach nun eine Scheibe des Stubensfensters, stieg dort ein, und kam so an die verschlossene Thüre des Wohnzimmers. Im Hausgang hätte er eine Keulhaue zu sich genommen und ertrach nun mit derselben unter Anwendung großer Gewalt diese Thüre, sowie zwei im Zimmer stehende Schränke, woraus er etwa 20 fl. Geld entwendete und sich damit, ohne gehört zu werden, entfernte.

Nach Maßgabe der Anklageschrift wurde der Angeklagte wegen des durch Einbrechen gefährlichen und durch Einsteigen, sowie durch Erbrechen der Schränke erhobenen Diebstahls zu einer geschätzten Arbeitshausstrafe von anderthalb Jahren verurtheilt. Nach Verkündung des Urtheils verzichtete der Angeklagte sogleich auf die Möglichkeit der Berufung.

Mannheim, 23. Sept. (Mannh. Z.) Nächsten Sonntag wird hier eine Art Gesammtagsspiel der Karlsruher Oper stattfinden. Es wird „Katharina Cornaro“ zur Aufführung kommen und darin Frau Boni die Titelpartie und die Hrn. Brandes und Stolzenberg die Partien des „Königs“ und des „Marco“ singen.

Dos, 22. Sept. Heute Nachmittag 1/2 Uhr stieß der Eisenbahnzug Va, nachdem er aus dem hiesigen Bahnhof gefahren, gleich oberhalb des Bahnhofs mit der Lokomotive zum Eisenbahnzug nach Baden zusammen, wodurch beide Lokomotive aus dem Schienengleise gerieten und beide etwas beschädigt wurden. Die Folge war ein Aufenthalt bis heute Nachmittag 5 Uhr; ein weiterer Unglücksfall ist nicht zu befürchten.

Freiburg, 21. Sept. Nach der „Freib. Ztg.“ hat unser Landesmann Dr. J. H. J. J. J., derzeit Professor der Philologie und Direktor des philologischen Seminars zu Krafaun, einen ehrenvollen Ruf an die Universität Graz erhalten.

Thiengen, 21. Sept. Am vergangenen Montag verlor der ledige Bürgerohn K. T. T. von Danstetten, Bauunternehmer bei der Linie Waldshut-Schaffhausen, auf eine schauerhafte Weise sein Leben. Derselbe wollte beim Dorfe Grießen ein schwer mit Steinen beladenes, im Lauf befindliches Fuhrwerk besteigen, glitt aber aus, stürzte und eine Last von ungefähr achtzig Zentnern überfuhr den Unglücklichen der ganzen Länge nach. Der das Fuhrwerk leitende hatte weder vom Versuch des Besteigens, noch vom Falle Etwas bemerkt. Später Vorübergehende entdeckten die zerquetschte Leiche, welche nach geschener gerichtlicher Obduktion vorigen Donnerstag zur Erde bestattet wurde. — Was die Bahnstrecke Waldshut-Konstanz betrifft, über die ich Ihnen jüngst Mittheilung machte, so versichern Sachverständige, daß, wenn die Witterung den Fortgang der Arbeiten wie bis dahin an den rücksichtigen Stellen auf Schaffhauser Gebiet fördert, der Eröffnung gedachter Linie bis 15. November nichts mehr im Wege stehen dürfte. — Nachdem durch Konzeption Seitens großh. Kreisregierung der hiesigen Stadt die Abhaltung eines Fruchtmarktes bewilligt wurde, werden wir nun in hiesiger Gegend zwei solcher Märkte haben.

Stuttgarter, 22. Sept. Auf nächsten Samstag fällt das Geburtsfest unseres Königs, der an diesem Tage in sein 82. Lebensjahr tritt, insofern noch vollkommen rüstig und gesund ist. Diesmal werden ganz besondere Festlichkeiten stattfinden, die mit Einschluß des Volkfestes und des großen Rennens die Tage des 26. bis 30. Sept. einschließen, also 5 volle Tage in Anspruch nehmen werden. Wie bereits eine große Ankündigung in Ihrem Blatte mitgetheilt, wird der Mittelpunkt der hier stattfindenden Festlichkeiten der Königsbau mit seinen ausgedehnten und herrlichen Räumlichkeiten sein, indem die Wächter des Café Restaurant im Königsbau, das seit dem Eintritte eines gebornen Heidebergers, Hrn. Pirsch, in die Assoziation einen neuen Aufschwung genommen hat, die erste großartige Beleuchtung des neu angelegten Schloßplatzes am Vorabend des königl. Geburtstages zum Anlaß genommen haben, daran eine Reihe von Festlichkeiten zu knüpfen, denen die Lage am Schloßplatz einen besonderen Reiz verleihen und welchen die großartigen, mit allen Hilfsmitteln der Kunst und des Luxus ausgestatteten Räume einen erhöhten Werth geben.

Eine auffallende Erscheinung sind diesmal bei uns die hohen Obstpreise, während ganz enorme Zufuhren täglich zu Markte kommen, wozu namentlich die bedeutenden Zufuhren aus der Schweiz beitragen. Allein die Kaufkraft zu Bereitung von Obstmost ist eben so groß als die Preisfuhr, daher die Preise auf ihrer Höhe halten. Unser Stuttgarter Bier ist aber auch seit einigen Jahren über alle Begriffe miserabel geworden, daher meist auswärtiges getrunken wird. Die Weinberge werden in sehr reichliches Erträgniß.

Eingefandt.

Karlsruhe, 22. Sept. Die Nr. 38 des „Eidd. evangelisch-protestantischen Wochenblattes“ vom 22. Sept. enthält eine Kritik „eines oberkirchenthlichen Bescheides“, welche Einsender dieses nicht ohne Erwiderung lassen kann. Ein solcher Bescheid habe nämlich eine Beschwerde gegen das in Adelslofen, Defanats Eppingen, eingehaltene Verfahren zur Abordnung eines weltlichen Mitglieds der Diözesansynode lediglich aus formellen Gründen zurückgewiesen, weil die Beschwerde nicht rechtzeitig beim Oberkirchenrath, jedenfalls aber nicht bei der Synode durch Vermittlung des Defanats eingebracht worden sei u. dgl.

Uns will es scheinen, daß die oberkirchenthliche Entscheidung das Richtige getroffen hat, denn sie wird im Wesentlichen auf dem Grundsatz beruhen, daß, wie Alles in der Welt, so namentlich auch Streitigkeiten ein Ende nehmen müssen. Dieser Grundsatz ist ein sich so von selbst verstehender, daß er eines Beweises nicht bedarf, und er steht insbesondere der Kirche, d. h. allen ihren Mitgliedern sehr wohl an, weil „der Friede höher ist, denn alle Vernunft“. Wenn wir nun den §. 50 der neuen evangel. Kirchenverfassung ansehen, so soll die Berufung der Diözesansynode 4 Wochen vor ihrem Zusammentritt geschehen; vor der Berufung müssen aber die Wahlen der weltlichen Mitglieder vorgenommen sein; wenn demnach irgend eine Wahl angefochten werden will, so sind vier Wochen Zeit dazu gegeben.

Die Art der Wahl in Adelslofen ist nun, wie aus der Begründung des oberkirchenthlichen Bescheides hervorgeht, namentlich einem der Beschwerdeführer nicht unbekannt gewesen, da er sich bei jener Wahl selbst betheiligte; schien diesem das Verfahren dabei nicht gesetzlich, so hatte derselbe das Recht, innerhalb vier Wochen entweder beim Defanat oder beim Oberkirchenrath oder endlich bei der Synode selbst Beschwerde einzulegen. Da nun aber dieses nicht geschehen sei und die Synode sich als gesetzlich zusammengesetzt ansehen mußte, so muß eine später erhobene Beschwerde als verspätet und daher als unzulässig betrachtet werden. Wozu sollte es auch führen, wenn nach den gehaltenen Synoden noch Beschwerden über ungünstige Zusammenstellungen der erstern zugelassen würden? Es wären ja alle Handlungen derselben für alle Zukunft in Frage gestellt, und dem Durcheinander in der Kirche Thür und Thor geöffnet. Es muß also wohl eine Frist für derartige Beschwerden angenommen werden, und diese läuft mit der Synode selbst ab. Die Synode hatte, wenn sie wollte, das Recht, die Vollmacht eines Jeden, der als Mitglied sich anmeldet, zu prüfen; sie wird dies, wenn keine Beanstandung erhoben ist, in der Regel wegen Mangel an Zeit nicht thun; allein das Recht hat sie, wie jede Versammlung, die auf Grund besonderer Vollmachten ihrer Mitglieder zusammentritt.

Es wird nun in jener Kritik behauptet, die übrigen Beschwerdeführer hätten aber vor Haltung der Synode keine Kenntniß von dem Verfahren in Adelslofen gehabt, sie könnten daher mit ihrer Beschwerde nicht um des Einen willen, welcher Kenntniß davon besessen habe, abgewiesen werden. Diese Schlussfolgerung ist nicht richtig, denn um der Ordnung willen bestehen solche Fristen für Alle, die sich für eine Sache interessieren und nicht interessieren, und wenn dieselben vorher nichts davon wußten, so mag dies jetzt für sie unangenehm sein; allein es berechtigt sie dieser Umstand nicht, alle Handlungen einer Versammlung nachträglich umzuwerfen. Es ist unseres Wissens auch noch nie vorgekommen, daß nach abgehaltenen Diözesan- oder General-synoden oder nach Zusammenkunft ähnlicher politischer Versammlungen noch derartige Beschwerden, wie hier, berücksichtigt worden wären.

Daß die Beschwerde nicht „zu spät“ dem Defanat vorgelegt worden sei, ist, wenn man den oberkirchenthlichen Bescheid, wie ihn die Kritik gibt, ruhig durchliest, kein Abwehungsgrund. Auch scheint uns, worüber sich die Kritik an ihrem Schluß noch beklagt, das Beschwerderecht nicht im mindesten verflümmert zu sein. Beschwerdener kann sich Jeder; wenn er aber aus formellen oder sachlichen Gründen abgewiesen wird, so ist dies für ihn ärgerlich, aber kein Grund zu behaupten, das Beschwerderecht sei ihm entzogen worden.

Daß der Oberkirchenrath auf die Abweisung aus formellen Gründen sich beschränkte, beweist, daß er nichts Unnütziges thun wollte; denn wo die einen ausreichen, brauchen nicht auch noch die andern angeführt zu werden; und wenn die Kritik „glaube, eher die Entscheidung eines Gerichtshofes als den Bescheid einer kirchlichen Behörde zu lesen“, so scheint uns dies ein Lob und eine freundliche Erscheinung zu sein, die beweisen, daß der Oberkirchenrath die neue Kirchenverfassung als ein hohes und heiliges Gesetz betrachtet, daß er wie ein Gerichtshof darüber wacht, und sie nach allen Seiten hin so zur Ausführung zu bringen sucht, so daß selbst der unterliegende Theil sagen muß: „ich vermisse in der Kirchenbehörde doch nicht den „Gerichtshof“.

Für die Familie des verunglückten Bahnwarts Joseph Barth in Forst (Ausruf Karlsruher Zeitung Nr. 201) sind laut Nr. 218 bei uns eingegangen 52 fl. 55 fr.; seitdem weiter von R. B. 1 fl., von Unge nannt 1 fl. Zusammen 54 fl. 55 fr. Zur Empfangnahme weiterer Beiträge sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 22. Sept. 1862.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Für den verunglückten Schneidermeister Wendelin Hausen sein in Neuhäusen (Ausruf Karlsruher Zeitung Nr. 214) sind laut Nr. 218 bei uns eingegangen 5 fl. 15 fr., seitdem weiter von W. G. 1 fl. 45 fr., C. L. 1 fl. 40 fr., H. B. 30 fr. Zusammen 8 fl. 40 fr. Zur Empfangnahme weiterer Beiträge sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 22. Sept. 1862.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 25. Sept. 3. Quartal. 97. Abonnementsvorstellung. Graf Esfer; Trauerspiel in 5 Akten, von Laube. Freitag 26. Sept. 3. Quartal. 98. Abonnementsvorstellung. Der häusliche Krieg; komische Oper in 1 Akt, von Castelli. Musik von Fr. Schubert. Hierauf: Overtüre zu: Die Hebriden (Hingals-Höhle); komponirt von Mendelssohn-Bartholdy. Zum Beschluß: Finale aus der unvollendeten Oper Loreley, von Mendelssohn-Bartholdy. Sonntag 28. Sept. 3. Quartal. 99. Abonnementsvorstellung. Der Verschwander; Original-Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 3 Abtheilungen, von Fr. Naimund. Musik von Konradin Kreuzer.

Theater in Baden.

Mittwoch 24. Sept. Fidelio; Oper in 2 Akten, von Ludwig v. Beethoven.

